

NACH DER BUNDESTAGSWAHL



„Rechtsextremismus ist und bleibt demokratiefeindlich, auch wenn er demokratisch gewählt ist“

- Am Tag nach der Bundestagswahl blickt die Bildungsstätte Anne Frank mit Sorge auf das starke Abschneiden der in Teilen gesichert rechtsextremen AfD
- Ergebnisse von Jung- und Erstwähler*innen zeigen, Politik und Akteur*innen der Demokratiebildung müssen Themen der Jugend stärker adressieren und dort präsent sein, wo sie sich informiert: in den Sozialen Medien
- Jetzt erst recht braucht es eine entschlossene Zivilgesellschaft und eine Stärkung von Angeboten der politischen Bildung

Nach der vorgezogenen Neuwahl zum Deutschen Bundestag am 23. Februar blickt die Bildungsstätte Anne Frank mit Sorge auf das starke Abschneiden der AfD. Die in Teilen gesichert rechtsextreme Partei war am Sonntag mit mehr als 20 Prozent zur zweitstärksten Kraft hinter den Unionsparteien gewählt worden und gewann in den ostdeutschen Bundesländern mit wenigen Ausnahmen alle Wahlkreise deutlich für sich. Auch bei Erst- und Jungwähler*innen wurde die AfD zweitstärkste Kraft – hinter der Partei die Linke mit rund 25 Prozent (Gesamtwähler*innen gut 8 Prozent).

„Dass rund 20 Prozent der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung eine rechtsextreme Partei gewählt haben, muss jeden demokratisch denkenden Mensch zutiefst erschüttern“, sagt Dr. Deborah Schnabel, Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank. **„Man muss es noch einmal ganz deutlich sagen: Die AfD vertritt ein völkisches Weltbild, das sich durch rassistische, sozialdarwinistische und antisemitisch-geschichtsrevisionistische Positionen auszeichnet. Daran ändert auch ihre demokratische Wahl nichts: Rechtsextremismus ist und bleibt demokratiefeindlich, auch wenn er demokratisch gewählt wurde.“** Die AfD wird laut einem Gerichtsurteil aus dem vergangenen Jahr vom Verfassungsschutz zu Recht als rechtsextremer Verdachtsfall geführt. Mehrere Landesverbände gelten als gesichert rechtsextrem. Der Landesverband Thüringen (auch hier wurde die AfD stärkste Kraft – wird von Björn Höcke geführt, den man qua Gerichtsbeschluss als Faschisten bezeichnen darf.

Menschenfeindliche Haltungen in der Breite der Gesellschaft

Direktorin Schnabel betont, dass man die Wähler*innen rechtsextremer Politik nicht aus ihrer Verantwortung entlassen dürfe: „Lange wurden die Wähler*innen der AfD paternalistisch als verirrte Schafe und Protestwählende eingestuft. Aber **wer im Jahr 2025 die AfD wählt, tut das in der Regel nicht trotz, sondern wegen ihrer rassistischen, antisemitischen und anderweitig menschenfeindlichen Positionen.** Dass die AfD nicht geschwächt, sondern gestärkt aus diesem Wahlkampf hervorgegangen ist, der in großen Teilen auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen wurde, verweist auf die starke Verbreitung menschen- und demokratiefeindlicher Einstellungen in der Breite der Gesellschaft, die sich immer deutlicher in Wahlergebnissen niederschlägt.“ Studien belegen schon seit Jahren die strukturelle Dimension menschenfeindlicher Einstellungen.¹

Junge Themen stärker adressieren, auch in Social Media

Zudem gelte es die Bedürfnisse und politische Entscheidungsfindung junger Menschen künftig genauer in den Blick zu nehmen: Erst- und Jungwähler*innen bis 24 Jahre hatten mit 25 Prozent weit überdurchschnittlich für die insgesamt bei rund 8 Prozent liegende Partei Die Linke gestimmt. Die Zustimmung für die AfD lag mit 21 Prozent relativ genau im Gesamtschnitt. „Die Linke hat in den vergangenen Wochen mit einem sehr erfolgreichen Social-Media-Wahlkampf gezeigt, dass es möglich ist, der AfD auf TikTok & Co. etwas entgegenzusetzen. **Alle demokratischen Parteien sollten sich in den kommenden Monaten sehr genau anschauen, wie sie es schaffen können, eine zukunftsgerichtete Politik für junge Menschen zu betreiben und diese auch zielgruppengerecht zu vermitteln. Social Media ist längst zu einem entscheidenden Faktor im Wahlkampf geworden.** Das ist auch ein starkes Signal für die Demokratiebildung in unserem Land, stärker dort präsent zu sein, wo junge Menschen sich informieren: also in den Sozialen Medien“, so Dr. Deborah Schnabel. Das Ergebnis zeige zudem, dass die starke Polarisierung der Gesellschaft sich auch bei den jüngeren Generationen schon

¹ vgl. z.B. die sogenannten Mitte-Studien: https://www.boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie?gad_source=1&gclid=CjwKCAiA5eC9BhAuEiwA3CKwQizw1gyECptGiTMy7SjSWQZzW_vFO_T6HLkO_GiND93VEfFkEwb20RoCvCkQAvD_BwE oder die Leipziger Autoritarismus-Studien: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

niederschlage: „Bereits in den Koalitions-verhandlungen müssen deshalb vor allem soziale Fragen, die junge Menschen stark umtreiben, eine Priorität haben, um nicht Gefahr zu laufen, die junge Generationen weiter zu spalten.“

Zivilgesellschaft und politische Bildung stärken

Jetzt mehr denn je brauche es deshalb die entschlossene und auch kompromissbereite Zusammenarbeit von demokratischen Akteur*innen: „**Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft und parteiübergreifenden Zusammenhalt gegen die Gefahren rechtsextremer Politik.**“ Zugleich müssen wir aber auch entschlossener gegen strukturellen Rassismus und Antisemitismus und den Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft eintreten. Es gilt, Menschen wieder für demokratische Werte zu begeistern und für die aktive Mitgestaltung eines menschenrechtsgeleiteten Miteinanders zu gewinnen. Dafür braucht es eine **politische Stärkung von Angeboten der politischen Bildung**, aber vor allem die entschlossene Tatkraft all jener, die daran glauben, dieses Land zum Positiven verändern und eine Zukunft gestalten zu können, in der alle Menschen gleichberechtigt und ohne Angst vor Diskriminierung, Hass und Gewalt zusammenleben können“, betont die Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank.

Dafür seien parteiübergreifende politische Anstrengungen notwendig, führt Dr. Deborah Schnabel weiter aus: „Nach der Wahl ist vor der Wahl: **Bis zur nächsten Bundestagswahl muss die Zeit genutzt werden, um konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft etwas entgegenzusetzen können**“. Dazu gehört es auch erneut zu prüfen, ob ein AfD-Verbot möglich ist, ob die Einstufung der Partei als rechtsextremistisch ausgeweitet werden muss, welche Rolle die Sozialen Medien beim Erfolg der AfD spielen und wie wirksame Demokratiebildung und Rechtsextremismusprävention aussehen muss“, so Schnabel und appelliert abschließend: „Nach dem Scheitern des Demokratiefördergesetzes in der letzten Legislaturperiode und der Kürzung oder gar Aussetzung verschiedener Demokratieförderprogramme aufgrund des Ampelbruchs, muss das Thema Demokratieförderung nun auch in den Koalitionsverhandlungen einen unverhandelbaren Stellenwert bekommen – auch ganz im Interesse der Parteien des demokratischen Spektrums.“

Über die Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung ist die Bildungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt, Hessen und bundesweit aktiv, um Jugendliche und Erwachsene für Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

#BTW25

Marie-Sophie Adeoso
Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 264
M. madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main